LAND TIROL

TIROLER LANDTAG



Tiroler Jugendlandtag 2026

Mitreden. Mitgestalten. Mitentscheiden.

www.tirol.gv.at/jugendlandtag

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Alexander Kirchner

Alon Dovrat

Chantrea Bocchi

Efsa Satik

Emil Mertens

Hanna-Maria Linser

Jay Purohit

Johanna Kaltenhauser

Jonas Adamer

Juliana Hütter

Julius Sturm

Lena Huter

Lilly Wildauer

Luca Boroka Kali

Luis Schöpf

Magdalena Wurm

Mario Greimel

Maximilian Haas

Maximilian Homolar

Melissa Dornauer

Moritz Hysek-Unterweger

Niklas Lamping

Paul Kleinheinz

Sarah Schmidt

Sophie Löhnert

Tobias Neuner



Anträge

Antrag 1: Mitreden & Politik
Maximilian Homolar und Moritz Hysek-Unterweger betreffend
Aufklärungskampagne betreffend Social-Media Bubbles und Fake News

Antrag 2: Mitreden & Politik
Efsa Satik und Hanna-Maria Linser betreffend
Politisches Wissen fördern und Jugendlichen ermöglichen, aktiv an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilzunehmen

Antrag 3: Mitreden & Politik
Sarah Schmidt und Chantrea Bocchi betreffend
Jugendbeteiligungsformate sichtbar machen & ausbauen

Antrag 4: Schule, Lernen & Chancen
Lilly Wildauer und Mario Greimel betreffend
Zwei zusätzliche Pflichtfächer für Pflichtschuljahre

Antrag 5: Schule, Lernen & Chancen
Niklas Lamping und Mario Greimel betreffend
Mehr Autonomie innerhalb des Lehrplans



Antrag 6: Mentale Gesundheit & Wohlbefinden
Julius Sturm, Jonas Adamer, Maximilian Haas, Luca Kali betreffend
Zusammenhang zwischen körperlichem und mentalem Wohlbefinden

Antrag 7: Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Lehre & Mobilität
Melissa Dornauer, Magdalena Wurm und Alexander Kirchner betreffend
Ausbildung muss leistbar sein – Förderungen unabhängig vom Elterneinkommen!

Antrag 8: Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Lehre & Mobilität
Magdalena Wurm, Melissa Dornauer und Alexander Kirchner betreffend
Landflucht verhindern statt Pendler:innen bestrafen!

Antrag 9: Freizeit, Jugendräume & Kultur
Luis Schöpf, Paul Kleinheinz, Miriam Wackernell, Lena Huter, Tobias Neuner und Emil Mertens betreffend
Sicher nach Hause – flächendeckender Nachtverkehr für ganz Tirol

Antrag 10: Freizeit, Jugendräume & Kultur
Alon Dovrat und Jay Purohit betreffend
Jugendclubhaus für Jugendliche in Tirol



ANTRAG

von Maximilian Homolar und Moritz Hysek-Unterweger betreffend

Aufklärungskampagne betreffend Social-Media Bubbels und Fake News

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, dass eine Aufklärungskampagne bezüglich Social-Media Bubbels und Fake News durchgeführt wird. Im Zuge dessen soll eine zweigleisige Strategie verfolgt werden, die sowohl digital über Werbung auf sozialen Medien, als auch analog wie etwa über Workshops im Fach digitale Grundbildung und Aufklärung der Erziehungsberechtigten in Form von Elternabenden und Plakatierungen im gesamten Tiroler Landesgebiet umgesetzt werden soll."

Begründung:

Die Nutzung sozialer Medien führt zwangsweise zur Bildung sogenannter Bubbels. Dies passiert aufgrund ihrer Algorithmen, die dem Benutzer Inhalte vorschlagen, die der Algorithmus aufgrund von früherem Verhalten des Benutzers für geeignet hält. Dies führt dazu, dass der Benutzer immer tiefer in seinen Meinungen versinkt, da er keine Gegenargumente mehr bekommt. Dies ist insofern problematisch, da dieser Vorgang ein schleichender Prozess ist, den der Benutzer nicht mitbekommt. Diese Tatsache wird schamlos ausgenutzt und diese Bubbles, in denen nur eine Meinung erwünscht ist, werden etwa mithilfe von Bot-Accounts künstlich aufgeblasen. Der Benutzer fühlt sich so bestätigt und verlernt andere Meinungen anzuhören und zu akzeptieren. Außerdem werden die Meinungen dieser Bubbles mit der Zeit immer radikaler. Dies führt zum Verlust der politischen Mitte und schadet unserer Demokratie. Auf diese Weise versuchen andere Länder wie Russland, Islamisten und andere extreme Kräfte die Meinung der Bevölkerung zu beeinflussen. Hier setzt unsere Kampagne an, da viele Benutzer gar nicht bemerken, dass sie sich in einer Bubble befinden. Und diese Werbemaßnahmen sollen Aufmerksamkeit auf das Thema lenken.

Innsbruck, am 11.11.2026

Maximilian Homolar, Moritz Hysek Unterweger

Einstimmig mit Änderungen angenommen.

ANTRAG

von Efsa Satik und Hanna-Maria Linser betreffend

Politisches Wissen fördern und Jugendlichen ermöglichen, aktiv an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilzunehmen

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrpersonen im Bereich Geschichte und politische Bildung zur Verfügung zu stellen, in denen gelehrt wird, wie Politik effektiv und demokratisch im Unterricht behandelt werden kann.

Die Tiroler Landesregierung wird weiters aufgefordert, Projekte und Veranstaltungen im Bereich Politik und Demokratie zu fördern und vermehrt anzubieten und bereits bestehende Projekte zu bewerben und finanziell zu unterstützen – beispielweise ‚Studentische Demokratie-botschafter:innen´, angeboten von der Universität Innsbruck, oder die ‚Demokratielandschaft Tirol´, angeboten von der Agentur Müllers Freunde."

Begründung:

Aus eigenen Erfahrungen lässt sich feststellen, dass zu wenige junge Menschen auch eine ausreichende politische Bildung in der Schule erhalten. Was bedeutet Demokratie? Wofür stehen die jeweiligen Parteien? Wer vertritt meine Meinung? All dies sind Fragen, die sich junge Menschen oft selbst nicht beantworten können. Informationsmangel und Unsicherheiten enden oft in Abneigung und Distanzierung gegenüber politischen Aspekten. Dies liegt nicht am fehlenden Interesse, sondern an der in vielen Schulen fehlenden politischen Bildung. Oft hängt der Erfolg der politischen Bildung im Unterricht von der jeweiligen Lehrperson ab. In vielen Schulen findet der Politikunterricht zusammen mit dem Geschichtsunterricht statt, wobei der Fokus oft nur auf Geschichte liegt.

Deshalb werden einerseits Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrpersonen benötigt, um einen wirkungsvollen Politikunterricht zu ermöglichen, wobei Lehrkräften gelehrt wird, wie man Politik lehrt. Zusätzlich sollten vom Landtag und von der Landesregierung Veranstaltungen und Projekte für Jugendliche zur Verfügung gestellt werden, um weitere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Weiterbildung zu ermöglichen.

Innsbruck, am 11.11.2026

Efsa Satik, Hanna-Maria Linser, Moritz Hysek-Unterweger, Maximilian Homolar

Unverändert mehrheitlich angenommen.

ANTRAG

von Sarah Schmidt und Chantrea Bocchi betreffend

Jugendbeteiligungsformate sichtbar machen & ausbauen

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, die Jugendbeteiligungsformate durch verschiedenste Mittel greifbarer zu machen und neue Möglichkeiten zur Meinungsäußerung zu schaffen. Dies beinhaltet die Erstellung eines Social-Media-Accounts des Landes Tirol für Jugendliche, die Einrichtung von Jugendgemeinderäten und die Bekanntmachung bereits bestehender Angebote an Schulen.

Der Tiroler Landtag wird ersucht, das Pilotprojekt Jugendlandtag dauerhaft fortzuführen und ihn nach dem Vorbild des § 78a in der Geschäftsordnung des Tiroler Landtages gesetzlich zu verankern. Der Jugendlandtag tritt mindestens einmal jährlich zusammen, seine Beschlüsse werden – wie bisher – im zuständigen Ausschuss des Landtages behandelt; Die Landtagsdirektion unterstützt die Vorbereitung und Durchführung."

Begründung:

Obwohl die Angebote für Mitsprache von Jugendlichen in politischen Diskursen bestehen, erfahren sie in den seltensten Fällen davon. Außerdem werden diese Möglichkeiten nicht ansprechend für Jugendliche übermittelt. Und genau dies müssen wir ändern! Doch wie? In erster Linie muss man angemessene Medien finden, die Jugendliche leichter erreichen. Zuerst denkt man hierbei an die sozialen Medien. Unser Anliegen ist die Erstellung eines Jugendaccounts des Landes Tirol. Und da kommen wir ins Spiel: Durch Mundpropaganda werben wir diesen Account an. Des Weiteren wollen wir die Auswahl der bereits bestehenden Diskussions- und Informationsforen wie das Jugendinfoeck an Schulen präsentieren, um junge Menschen frühzeitig zu erreichen. Es gibt zwar schon verschiedenste Möglichkeiten, um sich als Jugendlicher politisch zu engagieren, jedoch scheinen diese Optionen wie das Jugendparlament, der Mädchen- & Bubenbeirat der Hil-Foundation und die Jugendkonferenz immer sehr fern. Wir fordern, dass nicht nur einzelne Gemeinden, Jugendliche durch Gemeinderäte in Entscheidungen einbinden, sondern dass Jugendgemeinderäte in immer mehr Orten entstehen. Dadurch wird Jugendlichen vermittelt, dass die Meinung zählt und dass sie eine wichtige Rolle in der Demokratie spielen.

Innsbruck, am 11.11.2026

Sarah Schmidt, Chantrea Bocchi

Einstimmig mit Änderungen angenommen.

Schule, Lernen & Chancen

ANTRAG

von Lilly Wildauer, Mario Greimel betreffend

Zwei zusätzliche Pflichtfächer für Pflichtschuljahre

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Wir fordern als Jugendlandtag die Tiroler Landesregierung dazu auf, die Einführung bzw. Ausweitung praxisnaher Pflichtgegenstände und Fördermaßnahmen im Schulsystem zu veranlassen.
Dazu soll der Unterricht zur Berufsorientierung in den AHS-Oberstufen verpflichtend eingeführt werden. Dieser Unterricht soll umfassend über verschiedene Bildungswege (wie HTLs und Lehren) informieren und praktische Inhalte vermitteln – darunter beispielsweise Interessensumfragen zur Berufsfindung, eine Einführung in das Steuerwesen (inklusive Steuerausgleich) sowie die Erklärung der ID-Austria; die Einrichtung erfolgt ab der 9. Schulstufe. Der Unterricht soll von externen Experten der AK, des AMS, des WIFI und des Finanzamtes durchgeführt werden. Als Unterrichtsmaterial ist dabei unter anderem die AK Tirol-Mappe mit entsprechenden Tests zu nutzen. Ergänzend wird in diesem Rahmen ein verpflichtendes Betriebspraktikum (Schnuppern) im Ausmaß von mindestens drei Tagen während der Unterrichtszeit gefordert.
Weiters wird für die 4. und 5. Schulstufe die Etablierung des Faches ‚Lernstrategien´ vorgeschlagen. In der 4. Schulstufe – wo diese Inhalte auch im Sachunterricht behandelt werden sollen – liegt der Fokus auf der Vorbereitung auf den Schulwechsel (AHS-Unterstufe oder Mittelschule) sowie einer kurzen Besprechung verschiedener Lerntypen. In der 5. Schulstufe soll dieses Fach direkt mit dem Unterricht verbunden, die Lernstrategien vertieft und die Schülerinnen und Schüler den jeweiligen Lerntypen zugeteilt werden. Für dieses Fach wird eine pädagogische Zusatzbetreuung vorgesehen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen soll über entsprechende Projekte sichergestellt werden.“

Begründung:

Die Reform unseres Bildungssystems ist der Schlüssel, um junge Menschen optimal auf ihre Zukunft vorzubereiten und gleichzeitig das gesamte System zu entlasten. Ein zentraler Ansatzpunkt dafür ist die Bürokratie zu verringern, indem wichtige administrative Schritte wie die ID-Austria frühzeitig direkt über die Schule abgewickelt werden. Das spart später Zeit, Nerven und unnötigen Verwaltungsaufwand.

Vor allem aber brauchen Jugendliche eine verlässliche Orientierung, um herauszufinden, was sie wirklich machen wollen. Wenn alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen und frühzeitig über ihre späteren Bildungs- und Berufswege informiert werden, schaffen wir echte Chancengleichheit – unabhängig vom Elternhaus.

Das hat weitreichende positive Folgen: Wer seinen eigenen Weg klarer erkennt, wählt seltener die falsche Schule oder Ausbildung. Das verringert Frustrationen und spart enorm viel Zeit sowie unnötige Kosten durch Ausbildungsabbrüche oder -wechsel. Wenn junge Menschen wissen, wofür sie lernen, verbessert sich auch ihre mentale Gesundheit, da sie in einer motivierenden Umgebung lernen, die zu ihren Stärken passt.

Zusätzlich führt dies zu einer spürbaren Senkung der Ausbildungskosten, da weniger Klassen wiederholt werden müssen, weil Jugendliche rechtzeitig verstehen, wie sie effektiv lernen. Letztlich verkürzt sich dadurch auch die gesamte Ausbildungszeit – wer zielgerichtet lernt und genau weiß, was er will, startet nach der Schule oder Lehre direkt in den Beruf, der wirklich zu ihm passt.

Innsbruck, am 11.11.2026

Mario Greimel, Juliana Hütter, Sophie Löhnert, Lilly Wildauer, Niklas Lamping, Oliver Stampfer, Johanna Kaltenhauser

Mehrheitlich mit Änderungen angenommen.

Schule, Lernen & Chancen

ANTRAG

von Niklas Lamping, Mario Greimel betreffend

Mehr Autonomie innerhalb des Lehrplans

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Wir fordern als Jugendlandtag die Tiroler Landesregierung auf, das Bildungsministerium um die Öffnung der Lehrpläne zu ersuchen. Damit ist gemeint, dass nur Endjahresziele definiert werden, um Lehrpersonen mehr Freiraum bei der Gestaltung des Unterrichts zu geben. Diese Endjahresziele müssten laufend aktuell gehalten werden und durch landesweit verwaltete Endjahresprüfungen, ähnlich wie die Matura (somit auch der Sicherheitsstandard vor Elektronischen Hilfsmitteln und KI), von den Schülern abgeprüft werden. Die Endjahresprüfung dient zur Datenerfassung für die Verbesserung des Lehrplanes, Schularbeiten und Tests bleiben bestehen. Dafür muss nicht jedes Mal zwangsläufig der gesamte Lehrplan verändert werden, sondern nur gewisse Themenbereiche auf den aktuellsten Entwicklungstand aktualisiert werden (es wird also nur etwas verändert, wenn etwas verändert werden muss). Diese Veränderungen werden von der Bildungsdirektion Tirol in Beratung mit der Schülervertretung umgesetzt. Dies wäre auf seine Effektivität über ein Pilotprojekt zu überprüfen."

Begründung:

Die Reform der Lehrpläne bietet zahlreiche Vorteile für das gesamte Bildungssystem. Durch Endjahresziele erhalten Lehrkräfte den nötigen Freiraum, den Unterricht individuell an ihre Klasse sowie an Schüler mit Migrationshintergrund anzupassen und rasch auf neue gesellschaftliche oder technische Entwicklungen zu reagieren.

Einheitliche Endjahresprüfungen bereiten die Jugendlichen optimal auf Großprüfungen wie die Matura vor und bauen durch regelmäßige Routine gezielt Prüfungsangst ab, während gleichzeitig eine sichere Überprüfung des Wissensstands gewährleistet wird. Für das Bundesland Tirol entsteht dadurch ein wertvoller Mehrwert: Die Analyse des landesweiten Notendurchschnitts liefert fundierte Einblicke in die Leistungsentwicklung, was die zielgerichtete und datenbasierte Optimierung zukünftiger Lehrpläne spürbar erleichtert.

Innsbruck, am 11.11.2026

Mario Greimel, Juliana Hütter, Sophie Löhnert, Lilly Wildauer, Niklas Lamping, Oliver Stampfer, Johanna Kaltenhauser

Mehrheitlich mit Änderungen angenommen.

Mentale Gesundheit & Wohlbefinden

ANTRAG

von Julius Sturm, Jonas Adamer, Maximilian Haas, Luca Kali betreffend

Zusammenhang zwischen körperlichem und mentalem Wohlbefinden

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird ersucht, die Sportinfrastruktur in Tirol für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Insbesondere gehören öffentliche Freiluftsportanlagen, wie zB Calisthenics-Parks, Fußballplätze und Basketballplätze, die der Öffentlichkeit gratis zugänglich gemacht werden. Dazu wird die Förderrichtlinie für Sportanlagen des Landes so geöffnet, dass auch öffentlich und kostenlos zugängliche Freiluftsportanlagen gefördert werden.

Weiters fordern wir die Landesregierung auf, dass in Gesprächen mit den Gemeinden diese aufgefordert werden, Informationsabende von Psycholog:innen abzuhalten, die von der Öffentlichkeit gefördert werden, um Erziehungsberechtigte darüber zu informieren, wie man verschiedene mentale Probleme bzw. Krankheiten erkennen kann.

Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um die Zahl der Schulpsycholog:innen und Schulsozialarbeiter:innen in Tirol zu erhöhen und ergänzend kostenlose psychologische Beratungsangebote für Jugendliche zu finanzieren.“

Begründung:

Es ist erwiesen, dass das Wohlbefinden von Menschen sich steigert, wenn genügend Bewegung zur Verfügung steht. Dies würde positiven Einfluss auf die steigenden Depressionsraten in Tirol nehmen.

In anderen Ländern ist bereits nachweislich bewiesen worden, dass solche Maßnahmen den Stress senken.

Wir fordern die Informationsabende, weil mentale Probleme oft unerkannt bleiben und man deshalb auch keine Hilfe erhält. Ein Informationsabend zur Erkennung dieser mentalen Probleme könnte zur Folge haben, dass mehr Jugendliche mentale Hilfe bei Problemen bekommen, da diese von den Erziehungsberechtigten besser erkannt werden.

Innsbruck, am 11.11.2026

Julius Sturm, Luca Kali, Maximilian Haas, Jonas Adamer

Mehrheitlich mit Änderungen angenommen.

Arbeit, Aus- und Weiterbildungen, Lehre & Mobilität

ANTRAG

von Melissa Dornauer, Magdalena Wurm und Alexander Kirchner betreffend

Ausbildung muss leistbar sein – Förderungen unabhängig vom Elterneinkommen!

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, die bestehenden Richtlinien für Ausbildungsförderungen zu überprüfen und sich dafür einzusetzen, dass Jugendliche ab 16 Jahren während ihrer schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung Unterstützungen unabhängig vom Haushalteinkommen ihrer Eltern anfordern können.
Dabei soll künftig verstärkt das eigene Einkommen der Antragstellerinnen und Antragsteller berücksichtigt werden, um jungen Menschen mehr finanzielle Eigenständigkeit und Chancengleichheit zu ermöglichen."

Begründung:

Auch wenn Eltern ein bestimmtes Einkommen haben, bedeutet das nicht automatisch, dass dieses Geld den Jugendlichen tatsächlich zur Verfügung steht, denn auch wenn Eltern bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit der Kinder unterhaltspflichtig sind, wird das oft verweigert. Außerdem geht es um das Minderwertigkeitsgefühl der Auszubildenen, die ständig nach Geld fragen müssen, obwohl sie teilweise erwachsen sind.

Wir sind uns durchaus bewusst, dass Fördergelder begrenzt sind. Um hervorzubringen, wie es unser Nachbarland Deutschland macht: Das BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) ist eine staatliche finanzielle Unterstützung in Deutschland, die Schüler:innen und Studierenden eine Ausbildung oder ein Studium unabhängig vom Vermögen der Eltern ermöglicht.

Innsbruck, am 11.11.2026

Magdalena Wurm, Melissa Dornauer und Alexander Kirchner.

Mehrheitlich abgelehnt.

Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Lehre & Mobilität

ANTRAG

von Magdalena Wurm, Melissa Dornauer und Alexander Kirchner betreffend

Landflucht verhindern statt Pendler:innen bestrafen!

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird ersucht, eine Bestandserhebung sowie eine Studie bezüglich der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingung für in Tirol wohnhafte Personen außerhalb der zentralen Ballungsräume - beispielsweise mittels Umfrage - in Auftrag zu geben. Betroffen sind Jugendliche zwischen Vollendung des 14. und des 26. Lebensjahr. Da in ländlichen Regionen die Auswahl der Arbeits- und Ausbildungsbranchen oft begrenzt ist, müssen viele Schüler:innen oder Student:innen zum nächstliegenden Ballungsraum pendeln. Die zurzeit geltenden Gesetze sprechen teilweise gegen Pendler:innen mit einer längeren Anreise als eine Stunde.

Weiters sollten die Erkenntnisse aus dieser Studie in den landes- und bundesgesetzlichen Regelungen umgesetzt werden. Die Landesregierung wird deshalb weiters ersucht, dies an die Bundesregierung heranzutragen mit der Bitte um ehestmögliche Umsetzung.

Der Fahrtkostenzuschuss soll über 1 Stunde auch ohne Studienbeihilfe beantragt werden können."

Begründung:

Da in ländlichen Regionen die Auswahl der Arbeits- und Ausbildungsbranchen oft begrenzt ist, müssen viele Schüler:innen oder Student:innen zum nächstliegenden Ballungsraum pendeln. Die zurzeit geltenden Gesetze sprechen teilweise gegen Pendler:innen mit einer längeren Anreise als eine Stunde.

Weiters sollten die Erkenntnisse aus dieser Studie in den landes- und bundesgesetzlichen Regelungen umgesetzt werden. Die Landesregierung wird deshalb weiters ersucht, dies an die Bundesregierung heranzutragen mit der Bitte um ehestmögliche Umsetzung.

Innsbruck, am 11.11.2026

Magdalena Wurm, Melissa Dornauer und Alexander Kirchner

Mehrheitlich mit Änderungen angenommen.

Freizeit, Jugendräume & Kultur

ANTRAG

von Luis Schöpf, Paul Kleinheinz, Miriam Wackernell, Lena Huter, Tobias Neuner und Emil Mertens betreffend

Sicher nach Hause – flächendeckender Nachtverkehr für ganz Tirol

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

"Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Verkehrsverbund Tirol (VVT), den Tiroler Gemeinden und den Tourismusverbänden bis vor Beginn der Wintersaison 2027/28 ein Konzept für einen flächendeckenden Nachtverkehr in allen Tiroler Bezirken auszuarbeiten und schrittweise umzusetzen. Das Konzept soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. **Nightliner in allen Bezirken:** In den Nächten sollen bestehende Nightliner-Linien ausgebaut und neue eingerichtet sowie RegioFlinks vorgesehen werden. Sie sollen auf die Ankunftszeiten der Tiroler Nacht-S-Bahn abgestimmt sein und vorrangig dort fahren, wo die Nachfrage groß ist, etwa von Innsbruck in die umliegenden Täler (z. B. ins Stubaital).
2. **Nachtverkehr in Tourismusorten auch für Einheimische und Beschäftigte:** In Tourismusorten wie Sölden oder Ischgl sollen die bereits von den Tourismusverbänden mitfinanzierten Gäste- und Skibusse um Nachtfahrten ergänzt werden. Diese sollen nicht nur Gästen, sondern auch Einheimischen, Jugendlichen und Saisonarbeitskräften offenstehen, insbesondere für den Heimweg nach Schichtende in Gastronomie und Hotellerie sowie für Fahrten in die umliegenden Orte und Täler.
3. **Sammeltaxis bei geringerem Bedarf, gemeinsam mit Taxiunternehmen:** Wo sich ein Nachtbus nicht rechnet oder Busse und Lenker:innen fehlen, sollen Sammeltaxis auf Abruf („on demand“) nach dem Vorbild des RegioFlink in Wattens eingesetzt werden. Diese sollen nicht in Konkurrenz zu, sondern gemeinsam mit regionalen Taxiunternehmen betrieben werden, die als Vertragspartner die Fahrten übernehmen. Die Sammeltaxis sollen per App sowie telefonisch buchbar sein.
4. **Fahrzeiten im Einklang mit dem Tiroler Jugendgesetz:** Die Fahrpläne sollen auf die Ausgehzeiten des Tiroler Jugendgesetzes abgestimmt werden. Unter 14-Jährige sollen rechtzeitig vor 23 Uhr und 14- und 15-Jährige rechtzeitig vor 1 Uhr nach Hause kommen können. Für Jugendliche ab 16 Jahren, für die keine gesetzliche Ausgehzeit gilt, sollen Fahrten bis in die frühen Morgenstunden angeboten werden. So kommen alle Altersgruppen innerhalb der für sie erlaubten Zeit sicher heim.

5. Faire Finanzierung: Die Kosten sollen gemeinsam vom Land Tirol bzw. dem VVT, den Gemeinden und den Tourismusverbänden getragen werden. Fahrgäste leisten einen kleinen, für Jugendliche leistbaren Kostenbeitrag, der für Inhaber:innen eines gültigen VVT-Jahres- oder Schülertickets vergünstigt ist.
6. Sicherheit von Anfang an: Für Fahrgäste und Fahrpersonal ist ein Sicherheitskonzept vorzusehen, etwa Sicherheitspersonal auf stark frequentierten Verbindungen und gut beleuchtete Haltestellen.
7. Rechtliche Grundlage: Der Nachtverkehr soll gesetzlich abgesichert werden, damit er nicht von einzelnen Entscheidungen abhängt. Die Landesregierung soll dem Landtag dazu eine Regierungsvorlage vorlegen, die den Nachtverkehr als festen Bestandteil des öffentlichen Verkehrs in Tirol verankert und die gemeinsame Finanzierung durch Land, Gemeinden und Tourismusverbände regelt, etwa durch eine entsprechende Klarstellung im Tiroler Tourismusgesetz. Soweit Bundesrecht betroffen ist, etwa das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz bei Sammeltaxis, soll sich die Landesregierung beim Bund für die nötigen Anpassungen einsetzen.
8. Evaluierung: Das Angebot ist nach dem ersten Betriebsjahr anhand von Fahrgastzahlen, Kosten und Rückmeldungen junger Menschen zu evaluieren. Dem Tiroler Landtag ist darüber zu berichten."

Begründung:

Für viele junge Menschen in Tirol lautet die wichtigste Frage am Wochenende nicht, wo man hingeht, sondern wie man wieder nach Hause kommt. Wer noch keinen Führerschein oder kein Auto hat, ist abends und nachts auf Eltern, Freund:innen oder teure Taxis angewiesen. Außerhalb von Innsbruck und den großen Bahnachsen fehlt am Abend und in der Nacht oft jede öffentliche Verbindung. So fuhr laut einem Antrag im Tiroler Landtag aus dem Jahr 2024 die letzte Öffi-Verbindung von Innsbruck nach Arzl im Pitztal an Werktagen bereits um 18:47 Uhr ab, der letzte Bus von Wörgl in die Wildschönau um 19:50 Uhr.

Das passt nicht zum Tiroler Jugendgesetz: 14- und 15-Jährige dürfen bis 1 Uhr unterwegs sein, Jugendliche ab 16 ohne gesetzliche Zeitgrenze. Wenn der letzte Bus aber schon vor 20 Uhr fährt, erlaubt das Gesetz etwas, das in der Praxis gar nicht möglich ist. Fahrpläne, die sich an den Ausgehzeiten orientieren, sorgen dafür, dass Jugendliche sich an die Regeln halten können und trotzdem sicher heimkommen.

Gute Ansätze gibt es bereits: In Innsbruck fahren die Nightliner der IVB, die Tiroler Nacht-S-Bahn verbindet am Wochenende Innsbruck mit Kufstein und Landeck-Zams, und in Osttirol fahren Nightliner zwischen Lienz, Matrei, Sillian und Nikolsdorf. Die Nacht-S-Bahn hält aber nur entlang des Inntals. Wer um zwei Uhr früh am Bahnhof Ötztal oder Imst-Pitztal aussteigt, ist noch lange nicht zu Hause, denn bis in die Täler sind es oft viele Kilometer. Im Bezirk Kufstein wurde von sieben geplanten Nightliner-Linien nur eine umgesetzt. Ob man nachts heimkommt, hängt in Tirol also davon ab, wo man wohnt.

Fehlt ein sicherer Heimweg, steigen junge Menschen zu alkoholisierten Lenker:innen ins Auto, fahren selbst trotz Alkohol oder gehen nachts zu Fuß entlang unbeleuchteter Landstraßen. Das Land Tirol ruft in seinen Verkehrssicherheitskampagnen selbst dazu auf, nach dem Feiern mit den Öffis heimzufahren. Dafür müssen die Öffis aber auch fahren. Ein verlässlicher Nachtverkehr ist deshalb vor allem Unfallvermeidung und Schutz.

Sicherheit gilt auch in den Fahrzeugen selbst. In Osttirol wurden die Nightliner im Mai 2026 nach wiederholten Vorfällen mit stark alkoholisierten Fahrgästen ausgesetzt und im Juli 2026 mit Sicherheitspersonal wieder aufgenommen. Das zeigt: Die Lösung ist nicht, den Nachtverkehr einzustellen, sondern ihn mit einem Sicherheitskonzept von Anfang an richtig zu planen.

Besonders groß ist der Bedarf in den Tourismusorten. In Sölden oder Ischgl wird in der Wintersaison bis spät in die Nacht gefeiert und gearbeitet. Tausende Beschäftigte in Gastronomie und Hotellerie, darunter viele junge Menschen und Lehrlinge, haben ihr Schichtende oft erst nach Mitternacht und wohnen nicht immer im selben Ort. Auch Jugendliche aus den umliegenden Dörfern gehen dort aus. Die Tourismusverbände finanzieren schon heute Gäste- und Skibusse mit: Im Ötztal und im Paznaun fahren Gäste mit Gästekarte im Winter gratis mit den Linienbussen. Für Beschäftigte gilt das aber nicht: Im Ötztal ist die Gratisfahrt mit der Gästekarte ausdrücklich nicht für Fahrten zum und vom Arbeitsplatz gedacht. Das System ist also bereits da. Es soll in der Nacht weitergeführt werden und auch den Menschen offenstehen, die dort leben und arbeiten. Davon profitiert auch der Tourismus selbst: Wer verlässlich heimkommt, arbeitet lieber in der Region, und Gäste kommen sicher ins Hotel. Deshalb ist es fair, dass sich die Tourismusverbände an der Finanzierung beteiligen.

Wo der Bedarf kleiner ist, sind Sammeltaxis die bessere Lösung. Uns ist bewusst, dass es in Tirol an Busfahrer:innen und Bussen fehlt. Außerdem sind Busfahrer:innen oft nicht dafür ausgebildet, mit stark alkoholisierten Fahrgästen umzugehen, wie die Vorfälle in Osttirol zeigen. Taxifahrer:innen dagegen sind Nachtfahrten mit feiernden Fahrgästen gewohnt. Deshalb sollen regionale Taxiunternehmen nicht übergangen, sondern als Partner eingebunden werden. Sonst müssten sie zu Recht befürchten, durch ein öffentliches Konkurrenzangebot Umsatz zu verlieren. Als Vertragspartner bekommen sie dagegen planbare, zusätzliche Fahrten, und das Land muss keine eigenen Fahrzeuge und kein eigenes Personal aufbauen. Dass solche Modelle funktionieren, zeigt der RegioFlink in Wattens, den der VVT seit 2022 betreibt: Fahrgäste buchen per App oder Telefon, und eine Software bündelt Fahrten mit ähnlichem Ziel. Auch ein leistbarer Preis ist möglich: Das Frauen-Nachttaxi der IVB in Innsbruck kostet pauschal 5,50 Euro.

Auch die Umwelt profitiert: Jede Abholung durch die Eltern bedeutet zwei Autofahrten, eine davon leer. Ein Sammeltaxi oder Nachtbus bündelt viele Fahrten in einem Fahrzeug.

Damit das Angebot dauerhaft bleibt, braucht es eine rechtliche Grundlage. Bisher hängen Nachtlinien von einzelnen Entscheidungen ab: In Osttirol wurden die Nightliner kurzerhand ausgesetzt, im Bezirk Kufstein kam von sieben geplanten Linien nur eine. Eine gesetzliche Verankerung gibt Gemeinden, Tourismusverbänden und Taxiunternehmen Planungssicherheit, und junge Menschen können sich darauf verlassen.

Ein flächendeckender Nachtverkehr bedeutet für junge Menschen am Land ein Stück Freiheit und Gleichberechtigung. Ob man sicher nach Hause kommt, darf nicht davon abhängen, in welchem Tal man wohnt. Wir ersuchen daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Innsbruck, am 11.11.2026

Luis Schöpf, Paul Kleinheinz, Miriam Wackernell, Lena Huter, Tobias Neuner und Emil Mertens

Einheitlich mit Änderungen angenommen.

Freizeit, Jugendräume & Kultur

ANTRAG

von Alon Dovrat und Jay Purohit betreffend

Jugendclubhaus für Jugendliche in Tirol

Der Tiroler Jugendlandtag wolle beschließen:

„Wir fordern die Tiroler Landesregierung auf, in den Bezirkshauptstädten Tirols Jugendclubhäuser für junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren einzurichten. Diese sollen verschiedene Räume und Möglichkeiten bieten - zum Beispiel Kreativräume, Gaming-Räume, Lernbereiche, Sportmöglichkeiten, Fitnessräume und vieles mehr.

Die Jugendclubhäuser sollen kostenlose und öffentliche Orte sein, an denen sich Jugendliche sicher fühlen und ihre Freizeit verbringen können. Sie sollen auch am Wochenende geöffnet sein. Die Betreuung und Organisation könnte ähnlich wie bei einer öffentlichen Bibliothek funktionieren: Es gibt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich um das Gebäude kümmern und bei Fragen oder Problemen helfen. Die Jugendlichen sollen die Räume aber möglichst selbstständig nutzen und mitgestalten können, ohne dabei unnötig eingeschränkt zu werden."

Begründung:

Viele Jugendliche in Tirol möchten am Wochenende mit ihren Freundinnen und Freunden etwas unternehmen und gemeinsam Zeit verbringen. Allerdings gibt es dafür oft zu wenige passende Möglichkeiten. Einrichtungen, die ähnliche Angebote haben, sind häufig am Wochenende geschlossen, schnell überfüllt oder bieten nicht genügend Platz für kreative Aktivitäten und Sport. Außerdem fehlen oft überdachte Aufenthaltsmöglichkeiten, ein sicheres Umfeld und kostenlose oder leistbare Angebote.

Genau hier sollen die Jugendclubhäuser ansetzen. Sie sollen Jugendlichen einen kostenlosen Ort bieten, an dem sie sich auch am Wochenende treffen, neue Leute kennenlernen und gemeinsam ihre Freizeit verbringen können.

Dabei soll es nicht nur darum gehen, irgendwo sitzen und reden zu können. Die Jugendlichen sollen auch die Möglichkeit haben, kreativ zu sein, zu gamen, Sport zu machen, zu lernen oder einfach ihre Zeit miteinander zu verbringen. So ist für unterschiedliche Interessen etwas dabei.

Wir finden, dass Jugendliche mehr Möglichkeiten brauchen, ihre Freizeit selbst zu gestalten, ohne dafür Geld ausgeben zu müssen oder auf das gute Wetter angewiesen zu sein. Die Jugendclubhäuser würden einen sicheren Treffpunkt schaffen, an dem sich junge Menschen willkommen fühlen und ihre Freizeit so verbringen können, wie sie es möchten.

Innsbruck, am 11.11.2026

Alon Dovrat und Jay Purohit

Unverändert mehrheitlich angenommen.